Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands.

Notiz der Redaktion. Zur vollen und allseitigen Beleuchtung der Taktik der Kommunisten während der Kapptage bringen wir in diesem Heft drei überaus wichtige Briefe einflußreicher Mitglieder der Zentrale der K. P. D. — des Gen. Levi (der zu jener Zeit im Gefängnis saß), der Gen. Cl. Zetkin und des Gen. E. Meyer.

Der leidenschaftliche Ton der Briefe — insbesondere im Brief des Gen. Levi, der aus dem Zellengefängnis schrieb — ist nur zu begreiflich.

Unsere Feinde werden natürlich über die Unstimmigkeiten im Innern der K. P. D. zu frohlocken versuchen. Mögen sie nur! Wir Kommunisten haben uns nie vor Selbstkritik gefürchtet.

Die Redaktion der „K. I." schließt sich in der Hauptsache der Kritik an, die in den drei Briefen und in dem gleich nach ihnen abgedruckten Artikel des Gen. Radek enthalten ist.

Eine offene Kritik der Fehler der Zentrale der K. P. D. wird nur dazu beitragen, den zur K. A. P. D. gehörenden revolutionären Arbeitern den Zusammenschluß mit unseren Genossen in den Reihen einer einzigen Kommunistischen Partei zu ermöglichen.

Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ich habe soeben die Flugblätter gelesen. Mein Urteil: der K. P. D. droht ein moralischer und politischer Bankrott. Mir ist es unverständlich, wie man in dieser Situation Sätze schreiben kann wie folgende: „Die Arbeiterklasse ist in diesem Moment nicht aktionsfähig. Es ist nötig, das klar auszusprechen". — „Durch die bloße Tatsache, daß die Lüttwitz-Kapp an die Stelle der Bauer-Noske getreten sind, ist an dem Stande des großen Klassenkampfes ... unmittelbar nichts geändert ..." Damit sind wir zu Lieferanten der traurigsten Gesellen in der Arbeiterbewegung geworden, die immer schreien: „Es hat doch keinen Zweck!" Die haben es jetzt schriftlich von der K. P. D. Nachdem man so am ersten Tage die Aktionsfähigkeit verneint hat, gibt man am nächsten Tage ein Flugblatt heraus: „Jetzt endlich muß das deutsche Proletariat den Kampf eröffnen um die proletarische Diktatur und die kommunistische Räterepublik". Neben diesem wird gehandelt: Generalstreik (Nach festgestellter Aktionsunfähigkeit). Gleichzeitig (wo doch der Generalstreik die Massen aus den Betrieben gebracht hat) Rätewahlen, Zentralrätekongreß. Kurzum: organisatorisch und

politisch brechen unsere „Bonzen“ dem Generalstreik das Genick. Sie tun es auch moralisch. Nach meinem Gefühl ist es ein Verbrechen, die Aktion jetzt dadurch zu zerbrechen, daß man schreibt: „Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik“. Wißt Ihr, was das heißt? Das ist der größten Aktion des deutschen Proletariats in den Rücken gefallen! Ich hatte immer gedacht, daß wir uns über folgendes klar und einig seien: Wenn eine Aktion kommt — auch für das blödsinnigste Ziel! (auch die Novemberrevolution hatte kein vernünftiges oder überhaupt kein Ziel) für diese Aktion einzutreten, sie durch unsere Parolen über das blödsinnige Ziel hinauszuführen; in der Steigerung der Aktion die Massen und das wahre Ziel einander anzupassen! und nicht am Anfang schreien: „keinen Finger rühren“ wenn uns das Ziel nicht gefällt. Dazwischen müssen konkrete Losungen gegeben werden. Den Massen sagen, was geschehen muß im Augenblick! Parolen selbstverständlich steigern, allmählich steigern. Räterepublik kommt zuletzt und nicht zuerst. Mir scheint, kein Mensch denkt jetzt an Betriebsratswahlen. Die Parole im gegenwärtigen Augenblick ist allein: Bewaffnung des Proletariats. Vergleiche hierzu die „Rote Fahne“ vom Sonntag, Artikel: „Was ist zu tun?“ Wir sollten doch darüber nicht im Zweifel sein, daß wenn nach der Niederschlagung des Militärputsches selbst eine Regierung Bauer-Ebert-Noske von neuem käme, es nicht mehr die alte wäre, weil sie ihre Stütze rechts verloren hat. Genau so wie sie im Januar 1919 nicht mehr die alte war, nachdem sie ihre Stütze links verloren hatte. Darum gilt es jetzt alles, die Aktion dahin zu steigern, daß der Putsch niedergeschlagen wird ohne Kompromisse! Gelingt es, so wird jede kommende „demokratische Republik“ nach links rutschen, weil sie eben den Halt rechts verloren hat. Dann erst kommt die Zeit, wo wir uns entfalten können! Jetzt müssen wir die Aktion gemeinschaftlich — auch mit der S. P. D. — die Parolen gesondert auch von der U. S. P. D. (auch wenn wir nur Parolen hätten, die doch auf der Straße liegen und die man nicht in Büchern suchen soll!!), den Putsch auf alle Fälle niedergeschlagen, weil alles andere fast naturnotwendig folgen muß. Sofortige Parole: Gegen jeden Kompromiß! Die Bande verhandelt: Ich bin tiefbetrübt. Jetzt kam die Gelegenheit, die konsolidierte Partei in wenig Flugblättern wieder so führend zu machen, wie sie 1918 war. Statt dessen Kindergespött! Ich kann die Details nicht alle aufzählen, über deren jedes einzelne man heulen müßte. Ich sehe nicht, wie die Partei sich von diesem Schlag erholen soll. Wie oft haben wir früher besprochen: kommt der gegenrevolutionäre Putsch, dann — Aktion auch mit der S. P. D., weil diese in der Aktion erledigt wird. Und nun? „Keinen Finger rühren“. Eine kommunistische Parole!

Ich habe heute Nacht — das erste Mal seit ich hier bin — nicht geschlafen über die Geschichte und will dem, was ich gestern schrieb, noch einiges hinzufügen. Was gestern Abend tiefe Enttäuschung war, ist heute heller Zorn! Ich werde aber von allem persönlichen absehen. So, nun zur Sache.

— —

A. Wie ich annehme, hat auch die Zentrale der K. P. D. bemerkt, daß sich das deutsche und zumal das Berliner Proletariat in einem Streik befindet. Wenn auch die Zentrale der K. P. D. zuerst die „Aktionsunfähigkeit" festgestellt hat, wird sie doch nicht umhin können; jetzt die Aktion festzustellen. Zu einem Streik gehören Forderungen! Man muß wissen, was durch den Streik direkt erreicht werden soll. Und zwar was geschehen sein soll von dem Gegner. Diese Forderungen hat die K. P. D. aufzustellen gehabt, denn der „Vorwärts" tut es (wohlweislich) nicht. Diese Forderungen sind: 1. Die Bewaffnung des Proletariats zur Sicherung der Republik, d. h. die Ausgabe von Waffen an die politisch organisierten stellen gehabt, denn der „Vorwärts" tut es (wohlweislich) nicht. Diese Forderung ist von der größten Wichtigkeit. Offenbar wird schon gemauschelt! 3. Sofortige Verhaftung der Führer des Putsches und Aburteilung durch ein proletarisches Ausnahmegericht, weil Militärgericht Komödie. Sonst nichts! Was die Zentrale der K. P. D in ihrem Flugblatt vom 16. III. schreibt, ist unbrauchbar. „Räterepublik" und „Rätekongreß" sind keine Forderungen, bis zu deren Erfüllung man nicht arbeitet. Zumal es überhaupt keine Forderungen an den Gegner sind. „Fort mit der Militärdiktatur", „Nieder mit der bürgerlichen Demokratie" sind gleichfalls keine Streikforderungen, sondern Phrasen. Auch was sonst als positive Forderungen in dem Flugblatt enthalten war, dann (warum?) wieder herausgestrichen wurde, war unbrauchbar. Nicht „Rücktritt" der Regierung Kapp, sondern „Verhaftung"! Hochverräter „treten nicht zurück"! Die „Entwaffnung der Reichswehr"! In diesem Moment ein Unsinn, weil die Forderung auch Teile der Reichswehr, die gegen den Putsch sind, ins andere Lager hinübertreibt. Diese Forderung richtet sich gegen einen Teil der Kräfte, auf die das Proletariat jetzt rechnen muß. Sofortige Beschlagnahmen der Waffen der Bourgeoisie, Bildung einer Arbeitswehr. Beides Forderungen, die nicht von heute auf morgen zu erfüllen sind, deren Durchführung Wochen braucht — daher keine Streikforderung. Ich wüßte keine Forderung, die man vernünftigerweise gegen die drei obengenannten stellen kann. Vielleicht aber ergeben sich aus der Aktion noch andere, die ich von hieraus nicht beurteilen kann.

B. Mit diesen Parolen hätte die K. P. D. dem Streik ein „Gesicht" geben müssen, das Gesicht, das der Streik bis heute nicht hat. Mit diesen Parolen hätte sich nach einiger Zeit das ergeben, was die Zentrale der K. P. D. an den Anfang ihres politischen Denkens gestellt hat, daß die S. P. D. nicht mitmacht, oder vielmehr, daß sie nicht durchhält! Dann — aber erst dann — wäre der Moment gekommen, den Massen zu zeigen: Die Euch ins Unglück geführt haben, verraten Euch auch jetzt wieder.

Dann und erst dann, wenn die Massen unsere Forderungen aufnahmen und die „Führer" sich weigerten, sie durchzuführen oder gar sie verrieten, dann ergab sich aus der Aktion die Forderung nach anderen Forderungen, d. h. nach Räten! Räte, Rätekongreß, Räterepublik „nieder mit der demokratischen Republik" usw. — alle diese Forderungen ergeben sich von

selbst, wenn die Streikforderungen erfüllt sind. Auf die ist jetzt alles zu konzentrieren. Werden sie erfüllt, so muß die Republik nach links rutschen. Und selbst wenn Noske bliebe, was er ja garnicht kann. Denn sind die Streikforderungen erfüllt, so sind die die Republik stützenden Kräfte im Proletariat, und seine Regierung, möge sie heißen, wie sie wolle, wäre dann das Aushängeschild für diese völlig veränderten gesellschaftlichen Kräfte. Von da bis zur Räterepublik wäre dann eine Spanne von sechs Monaten normaler Entwicklung! Organisatorisch wäre zu tun gewesen: 1. Täglich einmal, je nachdem auch zweimal ein allgemeines Flugblatt, kein „Kommunistisches Kompendium", sondern vier Sätze über die Lage, einen Satz Folgerung, Streikforderung. Insbesondere hier Kritik an der Streikleitung, die paktieren will. Flugblatt an die Soldaten. Flugblatt an die S. P. D. Flugblatt an die Beamten, aufklärend. Flugblatt an Eisenbahn-, Post- und Telegraphenarbeiter. 2. Steigerung der Aktion. Demonstrationsversammlungen auf Treptower Wiese. Keine Zusammenstöße 3. Einexerzieren von Kadres, wenn auch ohne Waffen. Wenn Truppen von außerhalb mit hiesigen Truppen in Kampf kommen, dürfte die Stadt nicht ruhig bleiben. Es müssen mindestens Kadres stehen, schon damit nicht im Rücken der Truppen das Gesindel das Feld beherrscht und wir nicht dafür bluten müssen.

P. Levi.

Zellengefängnis, Lehrterstrasse,
Berlin, 16. III. 1920.

Ueber die „Loyalitätsdeklaration" der Kommunistischen Partei.

(Offenes Schreiben an das Exekutivkomitee der III. Internationale.)

Werte Genossen.

Da Sie durch den „Spartakus" gezeichneten Artikel in Nr. 10 der Kommunistischen Internationale über taktische Differenzen innerhalb der K. P. D.-Zentrale während der Kappwoche unterrichtet worden sind und da diese Differenzen für ein gewisses Stadium der proletarischen Revolution in jedem Lande Bedeutung haben, möchte ich ganz kurz über die Grundlagen der Diskussionen berichten.

Es ist richtig, daß die organisatorische Schwäche der Partei in Berlin einer der Gründe dafür war, daß die Zentrale am 13. März in einem Flugblatt die Teilnahme an dem von den Gewerkschaften und der Noske-Regierung proklamierten Generalstreik ablehnte. Aber bei der Beratung des Flugblattes waren nur wenige Genossen der Zentrale anwesend.

Obgleich auch in Mitteldeutschland und Erfurt unsere Partei schwach war, haben doch die zuletzt genannten Genossen sofort ohne Zögern die Parolen: Generalstreik, Bewaffnung des Proletariats und Wahl von Arbeiterräten als Kampfleitungen ausgegeben. Schon am 14. März hatten die Mitglieder der Zentrale, die anfangs für die Parole: „abwarten" waren, von selbst ihren Irrtum eingesehen und in einem zweiten Flugblatt Teilnahme und Verschärfung des Streiks sowie Wahl von Arbeiterräten propagiert. Trotzdem läßt sich nicht leugnen, daß die anfänglich falsche Einstellung während der ganzen Kappabwehraktion bei diesen Genossen schädigend nachwirkte. Das zeigte sich besonders deutlich, als am Ende der ersten Streikwoche der Gewerkschaftsbund (Legien und Konsorten) und die Berliner Gewerkschaftskommission (unter Führung des Unabhängigen Rusch) zum Abbruch des Streiks aufforderten.

Dieser Verrat der Gewerkschaftsführer setzte gerade in dem Augenblick ein, als die Ruhrarbeiter militärisch große Erfolge errungen hatten, aber durch Lebensmittelschwierigkeiten in der „Heimat" und an der „Front" bedrängt wurden. Es galt also, durch Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz (Süddeutschland, Sachsen und Hafenstädte Hamburg, Lübeck, Bremen) die sich sammelnden Weißen Garden zu binden, was durch Streik selbst ohne bewaffneten Kampf geschehen konnte.

In der Zentralstreikleitung, der die Vertreter der U. S. P., K. P. D. und K. A. P. angehörten, führten nun einige Genossen eine lebhafte Pole-

mik gegen den linken Flügel der U. S. P. wegen seines Widerspruchs gegen den Eintritt des rechten Flügels in ein „reines sozialistisches" Kabinett. Die Genossen behaupteten: 1. es sei unmöglich, den Streik weiter fortzusetzen, 2. der Streik habe bereits das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum so weit verschoben, daß eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung unmöglich und eine rein sozialistische Regierung der adäquate Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses sei, 3. das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung hinge nur davon ab, daß der linke Flügel der U. S. P. seinen Widerspruch gegen den Eintritt des rechten Flügels ins Kabinett zurückziehe und deshalb müsse die Zentrale der K. P. D. durch eine „Loyalitätserklärung" auf die U. S. P einwirken. Alle drei Behauptungen waren, wie die spätere Entwicklung beweist, grundfalsch:

1. Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz war möglich. In Berlin wurde fortgestreikt, bis am Dienstag der zweiten Streikwoche die U. S. P.-Zentrale den Streikenden in den Rücken fiel. Daraufhin erst faßte der Berliner sogenannte Arbeiterrat (Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte, gewählt indirekt in Industriegruppenversammmlungen der Betriebsräte) mit schwacher Majorität den Beschluß auf Abbruch des Streiks. In der Provinz war man, wie Kuriere uns berichteten, an einzelnen Orten bereit, den Streik zugunsten der Ruhrarbeiter wieder aufzunehmen.

Diese Orte hatten zumeist bisher nur zwei bis drei Tage gestreikt, waren also nicht abgekämpft. In Erfurt hat man weitergestreikt (im ganzen zwei Wochen) trotz militärischer Niederlage.

2. Gerade durch den Abbruch des Streiks blieb das Kräfteverhältnis noch zuungunsten der Arbeiterschaft. Die Bewaffnung der Arbeiter war nur in einzelnen Gebieten durchgeführt. In Bayern hatte die Kappreaktion (Ministerium Kahr) völlig gesiegt. In ganz Süddeutschland und Ostpreußen sammelte sich die Gegenrevolution. Die Rechtssozialisten und Gewerkschaften wollten die Koalition mit Bürgerlichen gar nicht aufgeben, sondern nur durch Ersetzung der alten Minister durch Arbeitervertreter (Christliche, Hirsch-Dunckersche) verschleiern. Eine „reine Arbeiterregierung" war also Fortsetzung der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Aber selbst für diese Aenderung fehlte die Basis. Für eine „rein-sozialistische" Regierung fehlte erst recht die Grundlage, d. h. Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bruch der rechtssozialistischen Partei mit dem Koalitionsgedanken. Gerade die Erörterung der Regierungsfrage durch die Zentrale der K. P. D. lenkte die Arbeiterschaft ab von der Hauptaufgabe: den Kampf weiterzuführen.

In der Zentralstreikleitung erklärten die U. S. P.-Leute am Anfang der zweiten Streikwoche: Zur Intensifizierung des Kampfes wollen wir erst die Verhandlungen der U. S. P.-Zentrale mit den Gewerkschaften abwarten, dann über Meyers Vorschläge entscheiden!

3. Die Darlegungen zu 2) widerlegen bereits die Behauptungen der Zentrale zu 3), daß der Widerspruch der linken U. S. P. das Haupthemmnis für die „rein-sozialistische" Regierung war. Während der rechte Flügel der U. S. P. die Einheit der U. S. P.-Partei retten wollte durch Nachgiebigkeit gegen den linken Flügel, verhinderten unsere Genossen die Spaltung der U. S. P. durch ihren Rat an den linken Flügel, sich der parlamentarisch-demokratischen Auffassung des rechten Flügels zu fügen: sie erwarteten davon, daß der rechte Flügel der U. S. P. sich im Kabinett kompromittieren und dann eine Spaltung in der U. S. P. hervorrufen würde, übersahen dabei aber, daß zunächst der rechte Flügel moralisch-politisch gestärkt und der linke Flügel in Abhängigkeit vom rechten gebracht wurde. Da die „rein-sozialistische" Regierung nicht zustande gekommen ist, bleibt diese Stärkung des rechten Flügels der U. S. P. die einzige Wirkung des Verhaltens obengenannter Genossen. In der Tat ist der linke Flügel der U. S. P. seither sehr schwach, ohne Einfluß und entschiedenen Willen zur Wirksamkeit.

Die Einwände gegen die Loyalitätserklärung enthielten in der Hauptsache folgendes:

1. Der Zeitpunkt für eine „Loyalitätserklärung" war nicht gegeben.

2. Die Erklärung hat nicht das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung herbeigeführt oder auch nur beschleunigt, sondern höchstens verzögert.

3. Es war nicht Aufgabe der K. P. D., vor Beendigung des Kampfes die Arbeiter abzulenken vom realen Kampfziel (Bewaffnung der Arbeiterschaft, Entwaffnung der Bourgeoisie) und sie durch Hinweis auf den Ueberbau des Kräfteverhältnisses (Regierungsbildung) in der Aktion durch Erwartung einer neuen Regierung zu lähmen.

4. Bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland ist es unwahrscheinlich, daß ein Mittelding zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur der Bourgeoisie in Form der rein-sozialistischen Regierung überhaupt gebildet werden und existenzfähig sein kann. Nach den Erfahrungen mit dem Rat der Volksbeauftragten aus der S. P. D. und der U. S. P. im November—Dezember 1918 ist zu erwarten, daß die Bourgeoisie die Bildung einer solchen Regierung sofort mit dem Klassenkrieg auf allen Fronten beantworten wird. Auch die revolutionäre Arbeiterschaft einschließlich eines großen Teils der U. S. P. ist von tiefem Mißtrauen gegen eine Koalition mit der S. P. D. erfüllt. Die in der Loyalitätserklärung erwartete Atempause für friedliche Arbeit der K. P. D. wird also nicht eintreten.

5. Es ist nicht Aufgabe der K. P. D., die anderen Arbeiterparteien zu veranlassen, ihre historisch vergänglichen Aufgaben (Erprobung bürgerlich-demokratisch-parlamentarischer Illusionen) zu erfüllen. Die K. P. D. muß vielmehr auf den über das augenblickliche Stadium hinausgehenden Weg weisen. Die Parolen können zwar Etappenparolen sein, dürfen aber nicht den Prinzipien des Kommunismus widersprechen (etwa rein-sozialistische Regierung gegenüber Rätediktatur. Zulässig sind da-

gegen Parolen wie: Freiheit für revolutionäre Presse; Bewaffnung der Arbeiterschaft; Auflösung aller militärischen Formationen der Bourgeoisie; Friede mit Sowjetrußland und dergl.).

Zentralausschuß und Parteitag haben fast einstimmig die Loyalitätserklärung mißbilligt. Auch in der Zentrale war — bei vollständiger Besetzung — keine Mehrheit für diese Erklärung. Die Frage behält aber aktuelle Bedeutung.

Mit revolutionärem Gruß

Ernst Meyer.

Die Lage in Deutschland.

Der militaristisch-monarchistische Kapp-Lüttwitz-Putsch war die zwangsläufige Entwicklung der bürgerlichen Klassendiktatur unter demokratisch-sozialdemokratischer Firma zur Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft und zur Verhinderung der proletarischen Klassendiktatur und Räteordnung. Nationalversammlung und Koalitionsregierung, Sozialisierungs-Betriebsrätegesetzschwindel haben den Boden für den Putsch geschaffen, das Noskeregiment hat ihm die Stoßtruppen gesammelt und ausgerüstet. Dieses Regiment war der blutige bürgerliche Klassenterror mit demokratischer Maske, der Putsch warf die Maske herunter, brachte die nackte Klassendiktatur des Militarismus. Die Kappleute wollen die bürgerliche Klassendiktatur unter Führung und Bevorrechtung der Junker und der Schwerindustriellen in monarchistischen Formen durch den Militarismus ausgeübt wissen. Die Ebertiner wollen die bürgerliche Klassendiktatur unter Führung und Bevorrechtung der übrigen Industriellen, der Handels- und Finanzkapitalisten in der Form der bürgerlichen Demokratie. Es gab nur eine reale Garantie für die tatsächliche Ueberwindung des monarchistischen Militarismus. Die Zertrümmerung des Bodens, in dem er wurzelt, aus dem er seine Nahrung saugt. Also, das Weitertreiben der proletarischen Revolution, die Bewaffnung der Arbeiter, die Entwaffnung der besitzenden Klassen und damit die radikale Beseitigung des wiedererstandenen und von Noske liebevoll gezüchteten Militarismus. Die bürgerliche mehrheitssozialdemokratische Regierung schreckte davor zurück, diesen Weg zu beschreiten. Sie wußte, daß sie damit das Schwert zerbrechen würde, das die kapitalistische Klassenherrschaft schützt und aufrecht hält, und daß sie gleichzeitig den Todfeind dieser Klassenherrschaft zum vernichtenden Schlage ausrüstete...

Auf dem Boden der politischen Arbeitsgemeinschaft von Ausbeutenden und Ausgebeuteten stehend, den Schutz der bürgerlichen Ordnung und des bürgerlichen Eigentums als ihre Aufgabe betrachtend, kam sie unter der Losung der Demokratie über das gedankenarme tatfeige Fortwursteln nicht hinaus. Wohl erkannte sie, daß das Proletariat allein imstande war, die militaristisch-monarchistischen Putschisten niederzuringen und die sogenannten Errungenschaften der Revolution, die Revolution selbst erfolgreich zu verteidigen. Die Errungenschaften der Revolution waren ihr gleichbedeutend mit ihren Regierungssesseln, mit den Regierungsverwaltungsposten ihrer Parteigänger, ihrer politischen Klienten. Denn mit Belagerungszustand, Schutzhaft, Pressezensur, Standgericht, Reichswehr, Zeitfreiwilligen usw. hatte sie diese Errungenschaften für das Proletariat unter

das Niveau der durchschnittlichen bürgerlichen, demokratischen Freiheit zurückgeworfen. Mit Schließung der Eisenbahnwerkstätten, begönnerter und erzwungener Wiedereinführung der Akkordarbeit, technischer Nothilfe, Betriebsrätegesetz, Kugeln für Streikende etc. hatte sie die kaum gelockerte kapitalistische Front der Arbeiter wieder stärker befestigt.

Nicht für die Revolution, für die Fortdauer ihrer Regierungsherrlichkeit riefen die Ebert und Bauer das Proletariat zum Generalstreik auf, den sie noch gestern als das schwärzeste „Verbrechen" am deutschen Volk verflucht hatten. Jedoch sie schreckten wie der Teufel vor dem Weihwasser davor zurück, das Proletariat zu bewaffnen. Sie täuschten sich nicht darüber, daß der Schutz der Revolution, der Republik durch das bewaffnete Proletariat über das Tagesziel hinausgreifen mußte, die Kapp-Lüttwitze unschädlich zu machen, daß er sich ausweiten müßte zum Kampf gegen den Kapitalismus und die ihn schirmende Koalitionsregierung von der Bourgeoisie Gnaden und der Bourgeoisie Interesse. In der Folge offenbarte sich schon am ersten Tage der Krise, daß die Regierung sich wohl von den streikenden Arbeitern retten, sich aber nicht von bewaffneten, kämpfenden Arbeitern vorwärtstreiben lassen wollte dem Sozialismus, der proletarischen Diktatur entgegen. Ihre Flucht aus Berlin unter der Losung „Kein Blutvergießen im Bürgerkrieg" war von symptomatischer Bedeutung. Dieses Verhalten stand im schroffsten Gegensatz zu der raschen Brutalität, mit der die Ebertiner jede revolutionäre Regung des Proletariats ohne Scheu vor dem Blutvergießen im Bürgerkrieg skrupellos niederkartätschen ließen. Es kündete, daß die Regierung bereit war, sich nach dem Wort „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" mit den militaristischen Putschisten zusammenzufinden, daß die bürgerliche Demokratie, von einem kleinen, einflußlosen Häuflein abgesehen, danach dürstete, sich mit dem wiedererstandenen Militarismus zur Niederhaltung des Proletariats zu verbinden. Es lies helles Streiflicht darauf fallen, daß die Sorge um das reale bürgerliche Eigentum größer war als die um das vielbesungene Gut der bürgerlichen Demokratie, zu dessen Schutz die Koalitionsparteien aufriefen.

So konnte und mußte das Proletariat den Kampf wider die militaristische Gegenrevolution aufnehmen, ohne Illusionen über die Lage, über seine Feinde, den Blick klar und fest gerichtet auf seine eigene geschichtliche Aufgabe, vorwärtsgetrieben von seinen eigenen Klasseninteressen an dem Fortgang der Revolution. Die breitesten proletarischen Massen empfanden, erkannten es: sie mußten in dem Militarismus das Schwert der kapitalistischen Klassenwirtschaft zerbrechen; sie mußten mit der Entwaffnung der Reichswehr, Zeitfreiwilligen, Bürger- und Einwohnerwehren, kurz der besitzenden Klassen, mit der Bewaffnung der Arbeiter die Machtposition erobern, die Schlüssel und Stützpunkt für die Eroberung der politischen Macht ist. Ohne Bewaffnung der Arbeiter keine Verwirklichung der Räteordnung, keine Diktatur des Proletariats, das war die allgemeine Auffassung bei der revolutionären Vorhut des Proletariats, die

an Umfang und Erkenntnis erheblich gewonnen hatte. Und noch eine Erkenntnis trat klar hervor. Nicht die Regierung, nicht die bürgerliche Demokratie wird Entwaffnung und Bewaffnung durchführen. Sie muß das Werk der Proletarier selbst sein. Politische Arbeiterräte und Aktionsausschüsse entstanden als Träger und Organe des revolutionären Kampfes. Mit prachtvollem Ungestüm und bewunderungswürdigem Mut stürzten sich die Arbeiter geradezu überall in den Kampf. Der Generalstreik flutete in breiten Wogen über das Reich. Auch das technische Personal, die kaufmännischen Angestellten und Beamten wurden von ihnen ergriffen. Das Personal der Eisenbahner und Trams, der Post und Telegraphen streikte, gewaltige Landarbeiteraufstände brachen aus. Es ist kein Zweifel, daß manche Teile des Proletariats, daß namentlich die Angestellten und Beamten durch die mehrheitssozialdemokratische und demokratische Parole in Bewegung gesetzt wurden: für die Republik, für die Demokratie, für die Verfassung, gegen die Wiederkehr der Monarchie. Allein ebenso sicher ist es, daß die breitesten Massen der Werktätigen nicht nur um der schönen Augen der bürgerlichen Demokratie willen streikten. Ihre Losungen waren: weder Kapp-Hindenburg noch Bauer-Ebert; weder Lüttwitz noch Noske. Sie waren sich klar darüber, daß nicht die bürgerliche Demokratie und die harmonische politische „Arbeitsgemeinschaft" von Ausbeutern und Ausgebeuteten das Ziel der proletarischen Klassendiktatur, der Räteordnung bleiben mußte. Jedoch sie täuschten sich nicht darüber, daß dieses Ziel noch nicht das konkrete Kampfesobjekt der geschichtlichen Stunde sein konnte. Jetzt ging es um die Stärkung und Befestigung der proletarischen Macht zur Eroberung der Staatsmacht.

Geradezu überall wurde der Streik unter der Losung geführt: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse. Dazu traten meist die Forderungen: sofortige Freilassung aller verurteilten oder in Schutzhaft gehaltenen Revolutionäre, sofortige Niederschlagung aller Prozesse gegen revolutionäre Kämpfer, Aufhebung des Belagerungszustandes, der Pressezensur u. a. Ganz gleich, wie die Kampfeslosungen der verschiedenen sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen lauteten: proletarische Massen fanden sich zusammen in einer Front, nicht zusammengehalten durch papierne Resolutionen und Formeln der Führer und Instanzen, sondern zusammengeschweißt in Aktion und Kampf durch die im Licht der praktischen Erfahrungen begriffene Klassenlage. Diese bedeutsame Tatsache ist nach außen hin etwas verwischt und verhüllt worden durch die Beteiligung der mehrheitssozialdemokratischen Gefolgschaft am Kampf, durch die Parolen der Gewerkschaftsbürokratie — die sozialpatriotischen Drahtzieher suchten die Bedeutung der revolutionären Einheitsfront des Proletariats geflissentlich zu verwischen und zu verhüllen. Allein trotz alldem ist sie nach innen im Bewußtsein der proletarischen Massen wirksam geworden, von den einen stark empfunden, von den anderen klar erkannt.

Die Mainlinie trat während der Krise scharf hervor. Es war kein

Zufall, daß die Ebertregierung nach Stuttgart flüchtete. Nicht die paar tausend Mann der Reichswehr boten ihr hier militaristische Sicherung gegen den Umsturz von rechts und die noch gefürchtete Bedrohung von links, vielmehr die Sicherheits- und Einwohnerwehren der Studenten, Bourgeoissöhne, Kleinbürger, Bauern, die sich nicht für Geld, wohl aber aus Ueberzeugung für die Demokratie und gegen den „Bolschewismus" schlugen. Mit Händen zu greifen war, was der marxistisch Geschulte stets behauptet hat: in diesem gegebenen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung ist die politische Demokratie Süddeutschlands der Niederschlag der wirtschaftlichen Rückständigkeit und nicht das Ergebnis des politischen Fortschritts. — So erkenntnisklar und tapfer die K.P. in Württemberg im Kampf des Proletariats das Banner vorausgetragen hat, zeigte sich im allgemeinen in Süddeutschland der Einfluß, der auf das Weitertreiben der Revolution ausgeübt wird, dank des Vorhandenseins großer kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten, durch die geringere Entwicklung der Industrie und der Klassengegensätze, durch den Mangel eines Proletariats, das in Massen zusammenhält, das Bewußtsein der Bedeutung seiner Leistungen und seiner Zahl hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die künftigen revolutionären Kämpfe des Proletariats uns im Süden der Mainlinie eine „demokratische Vendée" bescheren, vielleicht sogar mit „Rheinbundtendenzen" — mutatis mutandis — die ihre Spitze gegen das vordrängende Proletariat im industriellen Norden kehren.

Es genügte, daß der Riese Proletariat die Arme kreuzte, und der putschistische Spuk der Kapp-Lüttwitzregierung stob auseinander. Entscheidend dafür war außer der Allgemeinheit des Streiks die besonders mustergültige Wucht und Geschlossenheit, mit der er in Berlin durchgeführt wurde. Aber wenn auch der Kapp und der Lüttwitz rasch zum Teufel gejagt wurden, so bleiben doch die Kapp und die Lüttwitze. Es kam nicht zur Niederwerfung des Militarismus, weil die Bourgeoisie nicht auf ihn verzichten konnte, um sich in der Macht zu behaupten. Es kam nicht zur Entwaffnung der Gegenrevolution des Bürgertums, nicht zur Bewaffnung der Arbeiter. Es sei denn in den Orten, wo die Proletarier selbst sich die Waffen nahmen, die Reichswehr vertrieben, Sicherheits-, Einwohner- und Bürgerwehr wie Zeitfreiwillige entwaffneten. So in Mitteldeutschland, zumal in Thüringen und Teilen von Sachsen und in Rheinland-Westfalen, wo eine zahlreiche moderne Industriearbeiterschaft dicht zusammengedrängt sitzt und das Bewußtsein der Macht hat, das die Massenhaftigkeit verleiht, und wo die Industriearbeiterschaft, durch die Erfahrungen gewitzigt, alle Illusionen über die bürgerliche Demokratie und die Koalitionsregierung verloren hat. Der „Umsturz" vollzog sich dort glatt ohne Blutvergießen, ja ohne „Gewalttätigkeit", wo — wie in Chemnitz und dem Erzgebirge — eine ziel- und wegklare, geschlossene und gut organisierte K. P. die Führung des Proletariats in der Hand hatte. In Thüringen, Leipzig, dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier, endete er nach tapferster Wehr der Arbeiter mit der Herrschaft des weißen Terrors. Das dank dem offenen

oder kaum verschleierten Verrat der Mehrheitssozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie und nicht ohne die Schuld von U. S. P.-Führern, die mit religiöser Treue die Erbfehler der Partei festhielten: in taktischer Unklarheit zwischen Verzicht auf den Kampf, und Putschismus hin- und herzuschwanken, zu verhandeln, wo es zu handeln galt, dem Kampf damit die Spitze abzubrechen und die Energie der Kämpfenden zu lähmen.

Die Krise als Ganzes endete trotzdem mit einem Erfolg der revolutionären Arbeiter. Nach der Regierung Kapp-Lüttwitz floh die Regierung Bauer-Noske in die Wolfsschlucht. Sicherlich: der Erfolg ist mehr als bescheiden, er ist kläglich, eine leere Atrappe. Die regierenden Hampelmänner der herrschenden Bourgeoisie haben gewechselt, das Programm der Regierung, das System der bürgerlichen Klassenherrschaft ist unverändert geblieben. Der Reichskanzler Müller setzt Bauers Geschäft fort, zu Nutz und Freuden der bürgerlichen Ordnung, des ausbeutenden kapitalistischen Eigentums, die Arbeiter zu knebeln, zu betrügen, zusammenschießen zu lassen. Auch ohne Noske ist das Noskowitertum, ist der weiße Schrecken Trumpf. Daß es so kam, ist vor allem das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie, die unter des Sozialverräters Legien Führung den Arbeitern aufschwätzte, sich mit der platonischen Anerkennung der bekannten schwachen und durch Verhandlungen noch abgeschwächten neuen Forderungen der großen Gewerkschaftsorganisationen zu begnügen, und zum Abbruch des Generalstreiks blies, noch ehe daß er seine volle Auswirkung erreicht hatte. — Der Ausgang ist aber auch die Schuld der U. S. P.-Führerschaft des rechten Flügels, die die Aktion der Partei auf Gedeih und Verderb mit derjenigen der Gewerkschaftbürokratie und Mehrheitssozialdemokratie verbunden hatte, ist aber auch die Schuld der Schwäche der revolutionären Erkenntnis und Energie der links gerichteten Führerschaft der U. S. P., sich gegen die Hilferding und Crispien durchzusetzen. Immerhin: wie die Lüge ein Kompliment des Lasters vor der Tugend ist, so ist auch der Regierungswechsel ein Eingeständnis von der steigenden Macht des Proletariats, ein Zugeständnis an sie. In den plutonischen Tiefen der kapitalistischen Gesellschaft ist eine Verschiebung in dem Kräfteverhältnis der um die Herrschaft ringenden Klassen vor sich gegangen, die bereits leichte Sprünge und Risse in der politischen Kruste zeitigt. „Es bricht noch nicht, jedoch es kracht".

Die Festigung der Staatsmacht der bürgerlichen Demokratie, der Bestand einer neuen Koalitionsregierung sind Augenblickserfolge, mit dem Unterdrücken unter den Militarismus erkauft. Das Auftreten des revolutionären Proletariats hat bürgerliche Demokratie und militaristisch-monarchistische Putschisten brüderlich in der Furcht vor der proletarischen Revolution geeinigt. Die eine reaktionäre Masse gegen die Arbeiterklasse ist Wahrheit und Tat geworden, abgesehen von einer winzigen Minderheit bürgerlicher Demokraten, die die Gefahr von rechts predigen und zum Nachgeben, zum Paktieren mit links zureden, und deren publizistisches Sprachrohr die „Frankfurter Zeitung" ist, abgesehen auch von gewissen

Kreisen der Kleinbauern, Beamten etc., die offensichtlich Neigung haben, zum mindesten mit einem „nationalistischen Bolschewismus“ zu kokettieren. Die Losung der Demokratie ist nicht mehr der Kampf gegen den „Bolschewismus“. Diese Entwicklung der Dinge und ihre gegenrevolutionäre Auswirkung muß für die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie tötlich werden. Sie entwurzelt sie, indem sie die letzten Illusionen, die Vertrauensseligkeit der Werktätigen zerstört, den Klassenkampf verschärft und seinem geschichtlich gegebenen Ziel zutreibt.

Am anderen Pol der Gesellschaft hat sich ebenfalls eine gewaltige Konsolidierung vollzogen. Seit den revolutionären Kämpfen von 1919 hat der Prozeß der revolutionären Selbstverständigung und Sammlung des Proletariats ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Arbeitermassen sind an revolutionärer Erkenntnis, aber auch an revolutionärem Willen und an Tatkraft und Opferfreudigkeit erheblich gewachsen. Die Taktik und Strategie ihres Kampfes ist klarer, beherrschter geworden, das Augenmaß richtiger für das Verhältnis der ringenden Kräfte, der Blick schärfer für den Unterschied zwischen dem dauernden Kampfesobjekt, für die Notwendigkeit der Solidarität, der Gleichzeitigkeit des Kampfes, des Handelns. Das Proletariat als Ganzes hat aus den Erfahrungen der Revolutionszeit zwar viel, sehr viel gelernt, die Macht der revolutionären Tradition tritt wirksam hervor, die von den Kämpfen des Vorjahres geschaffen worden ist. Seine revolutionäre Vorhut hat an Umfang, Erkenntnis und bestimmenden Einfluß auf die breitesten Massen ganz bedeutend gewonnen. Das ist außer auf den großen fruchtbaren Anschauungsunterricht der Tatsachen wesentlich mit zurückzuführen auf die Agitation und Aktion der K. P., die nicht nur innerhalb der eigenen Reihen gewirkt hat, sondern mindestens ebenso sehr unter den proletarischen Massen, die bisher dem proletarischen Klassenkampf fernstanden, wie unter der Gefolgschaft der U. S. P., namentlich ihres linken Flügels. Das Proletariat geht aus den jüngsten Kämpfen hervor mit einem stark gesteigerten Bewußtsein seiner Macht, mit der klarer gewordenen Erkenntnis, daß es seine Macht in seiner Bewaffnung verankern muß, daß es seiner eigenen revolutionären Kampfesorgane — der Arbeiterräte — bedarf, um seine Bewaffnung durchzuführen. Die im Kampf und für den Kampf entstandenen Arbeiterräte zu erhalten, sie durch Aktionen, nicht durch tote Formeln lebenskräftig, leitungstüchtig zu machen, wird eine der vornehmsten Aufgaben des revolutionären Vortrupps sein. Das gesteigerte revolutionäre Leben dieser geschichtlichen Stunde muß durch sie weitergeleitet und erhöht werden. Der Kampf dieser Stunde wird sich voraussichtlich unter anderen Formen fortsetzen bei den bevorstehenden Wahlen. Diese werden dann nicht vulgäre parlamentarische Wahlen sein in der konventionellen Bedeutung des Wortes, sondern revolutionäre Wahlen.

Es liegt nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß der Reichstag nur gewählt wird, um nach Hause geschickt, auseinander gejagt zu werden...

Inwieweit die Entwicklung der Dinge in Rheinland-Westfalen an der Situation etwas ändert, wagen wir bei der Verworrenheit und Ungenauigkeit der Nachrichten von dort nicht zu prozhezeien. Bis jetzt scheint es, daß dort der Zusammenprall zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich nicht nur in größerem Umfang, mit stärkerer Wucht abspielt, sondern auch mit potenziertem Inhalt. Die neue Koalitionsregierung von Legiens Gnaden und mit der Gewerkschaften Segen enthüllt in ihm ihre ganze, tiefe Unehrlichkeit und Verlegenheit. Die Abkommen von Bielefeld und Münster wurden von ihr nur geschlossen, um gebrochen zu werden. Sie verfolgten den Zweck, den Kampf über die Osterfeiertage zu verschleppen, während deren mit dem Auseinanderlaufen der Massen zu rechnen war, mit der Unmöglichkeit, sie zusammengeballt zu halten. Aber die neue Koalitionsregierung hat auch ihre blindwütige Tappigkeit offenbart, dem Kapitalismus zu dienen. Sie hat den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt und Darmstadt provoziert, indem sie ihre weißen Garden zur Niederwerfung der Proletarier in die neutrale Zone einmarschieren ließ. — Wie wird der Kampf enden? Das hängt letzten Endes nicht ab von der größeren oder geringeren Klugheit oder auch Gerissenheit der Regierung von Sozialpatrioten, Zentrümlern und Demokraten. Das hängt nicht einmal ab von den militaristischen Gewaltmitteln, die diese Regierung für die Kapitalmagnaten und die bürgerliche Ordnung einsetzen wird. Darüber entscheiden das Verständnis, die Opferbereitschaft, der Tatwille, womit die Proletarier überall im Deutschen Reich die Sache ihrer heldenhaft und verzweifelt sich wehrenden Brüder in Rheinland-Westfalen zu ihrer eigenen Sache machen. Sie können siegen, eine wichtige Position im Kampf für die Erringung der politischen Macht erobern, wenn sie wollen, wenn sie handeln. Ist das deutsche Proletariat an revolutionärem Erkennen und Wollen so erstarkt, daß es unmittelbar nach den letzten großen Kämpfen eine neue gewaltige Kraftprobe wagt?

Das ist die Schicksalsfrage, die nur das Proletariat selbst beantworten kann.

K. Zetkin.

Die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage.

Eine kritische Untersuchung.

I. Die Aktionslosigkeit.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine Partei nicht nur der Kritik der bürgerlichen verfaulenden Gesellschaft, nicht nur der Kritik an dem sie unterstützenden sozialpatriotischen Lakaientum, nicht nur der Kritik an der die revolutionären Arbeiter verwirrenden und betörenden U. S. P., nicht nur der Kritik an der K. A. P. D., die die objektiven Schwierigkeiten mit Phrasen überspringen will — sie muß auch die Partei der Selbstkritik sein, einer Kritik, die desto rücksichtsloser, desto schärfer ausfallen muß, je mehr es sich zeigt, daß trotz aller Fehler, die die K. P. D. macht, doch sie allein und nur sie der Zertralpunkt der deutschen Arbeiterbewegung ist. Ebenso weil es in Deutschland keine andere Kristallisationssache gibt als den proletarischen Kern, der sich um die K. P. D. sammelt, ebenso deshalb, weil es in der deutschen Arbeiterbewegung kein anderes geistiges Zentrum gibt, das die Bedürfnisse der Bewegung objektiv studieren könnte, aus dem Studium die praktischen Konsequenzen ziehen könnte, als die K. P. D., eben deshalb muß sie ihre eigenen Fehler und deren Quellen rücksichtslos untersuchen. Die Diskussion, die nach den Kapptagen in der Partei über die gemachten Fehler eingesetzt hat, kann nicht als abgeschlossen gelten, weil der Parteitag sich gegen die Zentrale in der Frage der „loyalen Opposition" ausgesprochen hat. Sie muß weitergeführt werden, damit wir die Quelle der Fehler sehen und sie in der Zukunft vermeiden. Ich habe mich bisher über die Streitfragen nicht geäußert — obwohl ich mich für die politische Linie der K. P. D. mitverantwortlich fühle — da ich bisher nur mangelnde Unterlagen zu einem Urteil hatte. Jetzt, wo mir die bürgerliche, sozialpatriotische, unabhängige und kommunistische Presse dieser Tage vorliegt, wie auch die Aeußerungen der Genossen Levi, der Genossen Braun und Meyer, glaube ich mit meinem Urteil nicht länger zurückhalten zu können. Dieses Urteil beginnt damit, daß die Haltung der Zentrale am Tage des Kapp-Putsches ein Fehler war, der unter keinen Umständen zu entschuldigen ist.

Der Kapp-Putsch bedeutete den Versuch der offenen Wiederherstellung der junkerlich-militärischen Herrschaft. Die Herrschaft der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition hatte dem junkerlichen Offizierskorps große Machtbefugnisse zugeschanzt, sie hat den Putsch ermöglicht. Aber der Putsch selbst bewies, daß der bisherige Zustand, daß die Herr-

schaft der Erzberger und Noske den junkerlichen Elementen nicht genügte. Der Versuch der Etablierung der junkerlichen Reaktion war der Versuch der Zurückschraubung der seit November 1918 stattgefundenen deutschen Entwicklung, die die Regierung in die Hand des Industrie- und Handelskapitals gespielt hat. Da diese Regierung unmöglich ist ohne Unterstützung der Sozialdemokratie, bedeutet ihre Existenz die Abnutzung der Sozialdemokratie, der letzten Stütze, mit deren Aushöhlung die kapitalistische Herrschaft fallen wird. Die Zurückschraubung der deutschen Politik auf die Herrschaft der Junker und der Militärs würde der Sozialdemokratie erlauben, nach allem ihren Verrat sich die Maske der Opposition zuzulegen, sie würde ihr erlauben, von neuem die Massen zu betrügen. Schon diese einfache Einschätzung der Situtation zeigt, daß die Kommunistische Partei die Pflicht hatte, gegen die Kapp-Lüttwitz das Proletariat aufzurufen. Diese Pflicht war desto offensichtlicher, weil der Kampf gegen die Kapp und Lüttwitz, wenn energisch und rücksichtslos geführt, nicht mit der Wiederaufrichtung der Noske und Ebert enden konnte. Er mußte zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links führen, wie der Sieg der Kapp und Lüttwitz zu einer Kräfteverschiebung nach rechts geführt hätte. — Die ganze Schwierigkeit der kommunistischen Taktik im Jahre 1919 bestand eben darin, daß den Arbeitern durch die Herrschaft der Noske und Lüttwitz verdeckt wurde, daß jede Aktion der Kommunistischen Partei nur einen Teil der Arbeiterschaft mobilisierte. In dem Moment, wo die Gewerkschaften, wo die Sozialdemokratie genötigt war, um sich zu retten, die Arbeiter zum Massenstreik aufzufordern, in diesem Moment war es natürlich die Aufgabe der Kommunistischen Partei, sich den Wellen dieses Kampfes anzuvertrauen, um den Kampf zu erweitern, weiterzutreiben, als es die Ebert und Scheidemann wollten. Es waren dies die Wolffheim und Laufenberg, die im Dezember, als das Nahen des militärischen Putsches immer sichtbarer wurde, in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" schrieben, daß sie lächelnd zuschauen werden, wie Ludendorff Scheidemann den Schädel einschlägt und umgekehrt. Ich habe damals in einem Artikel, der von der gesamten kommunistischen Presse abgedruckt wurde, darauf hingewiesen, daß dies nur Tröpfe sagen können. Wir werden zwar nicht für die Noske und Ebert, aber mit voller Wucht gegen die Ludendorff kämpfen; die führenden Genossen der K. P. D. waren damals mit mir einer Meinung. Wie konnte es also kommen, daß die Zentrale, obwohl geschwächt durch die Verhaftung und Abwesenheit ihrer hervorragendsten Genossen, am 13. März nicht nur inaktiv blieb, sondern es noch für notwendig hielt, zu erklären, daß die Zeit zum Kampf noch nicht gekommen sei? In der Broschüre des Genossen Braun*) wird behauptet, daß diese

*) M. J. Braun: Die Lehren des Kapp-Putsches, Leipzig, Frankes Verlag 1920. (Veröffentlicht in Nr. 10 der „Kommunistischen Internationale" unter dem Pseudonym „Spartakus": Der Kapp-Lüttwitz-Putsch).

Haltung beeinflußt wurde durch die Schwäche der Berliner Organisation, die durch die Phraseure der K. A. P. D. zerstört, sich noch nicht stark genug fühlte, in den Kampf einzugreifen. Aber die Berliner Arbeiter stellen doch einen größeren Kreis dar, als die Berliner Organisation der K. P. D., und es ist klar, daß jeder Genosse der Zentrale sich sagen mußte, daß es nicht darauf ankommt, die Berliner Organisation der K. P. D. ins Feuer zu bringen, sondern der Bewegung des Berliner Proletariats das Ziel zu zeigen, die Losung zu geben, die sie treiben würde über die Grenzen der Bewegung, die die Legien stecken wollten. Der Aufruf der Zentrale zeigt, wo die Quelle nicht nur der Aktionslosigkeit, sondern des Auftretens gegen die Aktion selbst seitens der Zentrale liegt. Wir haben im Kampf gegen die Putschisten ein halbes Jahr lang immer wieder darauf hingewiesen, daß momentan, wie die Dinge liegen, die Verhältnisse in Deutschland zur Eroberung der Macht durch das Proletariat nicht reif sind, denn obwohl die objektiven Verhältnisse sich immer mehr zuspitzen, der Kapitalismus immer mehr zerfällt und abwirtschaftet, der revolutionäre Wille in der Mehrheit der Arbeiterklasse zu schwach ist, als daß sie die Macht gegen das glänzend organisierte Kapital erobern und halten könnte. Dieser unser vollkommen berechtigter Standpunkt hatte den Genossen aus der Zentrale vorgeschwebt, als sie ihren Aufruf erließen. Der Antiputschismus hat bei ihnen zum Quietismus geführt, aus der Unmöglichkeit der Eroberung der politischen Macht in Deutschland, die für das Jahr 1919 jetzt schon empirisch festgestellt ist, haben sie im März des Jahres 1920 den Schluß gezogen von der Unmöglichkeit der Aktion überhaupt, einen Schluß, der auch für das vergangene Jahr unrichtig gewesen wäre, der im Moment des Kapp-Putsches nicht nur unrichtig war, sondern objektiv die größte Schädigung der revolutionären Bewegung darstellt. Wenn wir unfähig waren, im Jahre 1919 die Diktatur des Proletariats aufzurichten, so waren wir doch fähig, Aktionen gegen die Diktatur des Kapitals zu führen und im Moment, wo die Etablierung des offenen Junkerregime sogar die sozialdemokratischen Arbeiter in den Kampf führen mußte, war es ein antiputschistischer Kretinismus, der sich in der Stellungnahme der Zentrale geäußert hat. Wenn Braun in seiner Broschüre erklärt, daß der Aufruf zum Kampf am 13. März psychologisch unmöglich war, weil sich die Arbeiter über den Sturz Noskes gefreut haben, so zeigt er sich als unzuverlässiger Beobachter, denn wie war es sonst erklärlich, daß 24 Stunden später in Berlin der Generalstreik ausbrach? Nicht die Massen waren aktionsunfähig, sondern die Genossen aus der Zentrale, die damals in Berlin anwesend waren, wirkten unter einer vollkommen falschen Einstellung gegen den Putschismus. — Daß diese Gefahr des Hinabrutschens vom Antiputschismus auf das Bärenfell des Wartens vorhanden war, war mir klar noch vor meiner Abreise aus Berlin. Ich habe vor dieser Gefahr gewarnt in meinen Briefen an den Wiener Parteitag der österreichischen Kommunisten, als ich sah, wie die Wiener „Rote Fahne“ durch den Kampf gegen die Bettelheimerei sich zu einer anschau-

lichen, sehr geistreichen, ausgezeichnet kritischen Zuschauerrolle in dem sozialen Kampf des Proletariats durchgemausert hatte. Daß in dem leitenden Teil des deutschen Proletariats, in dem Teil, der organisch aufgewachsen ist im Kampf, der Kampf gegen den Putschismus zu solchen Blüten wie der Aufruf der Zentrale vom 13. März führen konnte, habe ich keinen Augenblick angenommen. Nach der Erfahrung der Märztage ist es die Pflicht jener, die gegen den Putschismus gekämpft haben, nicht aus Gegensatz zur proletarischen Aktion, sondern um für die proletarische Aktion den Boden freizumachen, um die störenden Elemente, die revolutionären Phrasen der Putschisten aus der Welt zu schaffen, weil sie nicht erlauben, den Moment der Revolution richtig zu erfassen, diese Genossen haben jetzt die Pflicht, der Kommunistischen Partei zuzurufen, daß wir in keiner Lage unserer Entwicklung eine Propagandapartei sind, sondern daß wir selbst als Minderheit eine Partei der Aktion sind und daß die Aktionslosigkeit zum Verbrechen wird, wo die historischen Ereignisse nicht nur die Vorderreihen des Proletariats, sondern das gesamte Proletariat zum Kampf treiben.

Es ist Zeit, daß die deutschen Kommunisten sich sagen, daß wir jetzt nicht im sechsten und nicht im neunten Monat der deutschen Revolution stehen, sondern daß Deutschland schon anderthalb Jahre sich in der Revolution befindet, daß in diesen anderthalb Jahren der kapitalistische Zerfall kolossale Fortschritte gemacht hat, daß in diesen 1½ Jahren der Zerfall der Entente immer größer wird, daß jetzt, nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches, der Masse mit absoluter Klarheit gesagt werden kann, daß die sogenannte Demokratie zur Herrschaft der Generäle führt; zum Schluß zeigt die Art, wie die deutsche gegenrevolutionäre Presse den nahenden Zusammenbruch der polnischen Weißen Garde beurteilt, daß, falls die russische Rote Armee mit dem gegenrevolutionären Polen fertig wird, die deutsche Gegenrevolution zu entscheidenden Schlägen gegen das deutsche Proletariat ausholen wird, um in Deutschland einen neuen Wall gegen die dem Westen sich nahende Weltrevolution aufzuwerfen. Die Konferenz in San Remo, in Hyde, die kommende Konferenz in Spaa zeigen, daß die Entente zum erstenmal nach dem Waffenstillstand auf ein Kompromiß mit der deutschen Gegenrevolution hinzuarbeiten beginnt. Die Quelle dieser neuen Tendenz in der Entente bildet nicht nur die wachsende Einsicht in den bevorstehenden Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus, dessen Verhütung die Entente als ihr allgemeines Interesse zu empfinden beginnt, sondern auch die Einsicht, daß, falls der polnische gegenrevolutionäre Wall weggeschwemmt ist, die Entente unter Verzicht auf alle Pläne der vollkommenen Beherrschung Deutschlands versuchen muß, die deutsche Gegenrevolution zu retten, das deutsche Kapital zu retten, um mit seiner Hilfe in Deutschland Wälle gegen die Weltrevolution zu erheben. In dieser Situation ist eine Aktivierung der Politik des deutschen Kommunismus eine Lebensfrage der Internationale.

Die Partei kann nicht jahrelang die antiputschistischen Wahrheiten

wiederkäuen, wo diese Wahrheiten zur Unwahrheit werden, weil die entscheidenden Teile des Proletariats in Deutschland immer revolutionärer werden. Es ist nicht möglich, von hier, von Moskau aus, irgend welche konkreten Weisungen für die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands zu geben, da wir immer es als die Aufgabe der K. P. D. ansehen, sich selbständig ihre politischen Linien festzulegen. Aber so wie die Exekutive von Moskau aus im allgemeinen es im vorigen Jahr verstanden hat, daß im Recht die in der deutschen Bewegung sind, die gegen die Putschisten kämpfen, so ist es uns allen klar, daß die doktrinäre antiputschistische Propaganda jetzt zu einem Hemmnis der Bewegung wird, daß die Zeit gekommen ist, wo sich die Partei auf die größten Aufgaben vorbereiten muß. Der Fehler vom 13. März darf nicht vertuscht werden, er muß historisch bewertet werden als ein Rückschlag auf die Tendenzen des Jahres 1919. Es ist ein Beweis der Reife der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß sie trotz des Mangels an Aktivität, die die Zentrale am 13. März bewiesen hat, im ganzen Lande zur Aktion übergegangen ist und selbständig an der Aktion in der schärfsten Weise teilnahm, und es ist ein Beweis der Reife der Partei, daß sie auf dem Parteitag ganz offen Kritik an dem Fehler der Zentrale geübt hat.

II. Die loyale Opposition.

Nachdem sie mit der eisernen Faust des Massenstreiks in Berlin die Kappbande zum Rücktritt genötigt hatten, standen die Arbeitermassen vor der Tatsache, daß Kapp fort war, die Kappisten aber zurückgeblieben sind. In Berlin und seiner Umgebung standen 10.000 kappistischer Truppen und die sogenannten Regierungstruppen in der Provinz bedeuteten nichts anderes als ebensolche kappistische Weiße Garden. In dieser Situation bestand das einzige Problem, das real zu lösen war, in einem Kampf für ihre Entwaffnung und die Bewaffnung des Proletariats. Alles andere war Mumpitz, alles andere bezog sich auf diese oder jene Kulisse, ließ aber die sozialen Kräfteverhältnisse unverändert. Für die deutsche Arbeiterklasse stand die Frage — kann sie den Kampf in allen Zentren so steigern, daß die erschütterte, aus dem Sattel gehobene Noske- und Ebert-Regierung nicht imstande wäre, eine zentrale Niederwerfungsaktion durchzuführen, und gleichzeitig, daß die bewußten gegenrevolutionären militärischen Elemente, ihrer Führung durch den Abgang der Kappgruppe beraubt, nicht imstande wären, selbständig als zentrale Niederwerfungsmaschine zu wirken. Das war der Rhodus, nichts anderes.

In dieser Situation werfen die Sozialdemokraten mit dem abgefeimtesten Schwindler des Gewerkschaftsbüros, mit Legien an der Spitze den Unabhängigen einen Köder zu. Sie verhandeln mit ihnen über nicht mehr und nicht weniger als über den Bruch der Koalition mit dem Bürgertum und die Einrichtung einer „sozialistischen" Regierung, an der sich die unabhängigen und die abhängigen Helden beteiligen sollen. Daß es sich hier im vornhinein um ein Schiebemanöver handelt, daß Legien zu den am

meisten rechtsstehenden, korruptesten Führern der deutschen Sozialdemokratie gehört, das konnte evtl. während des Kampfes in Berlin außer acht gelassen werden. Was nicht außer acht gelassen werden durfte, inwieweit die Akteure der Revolution sich Rechenschaft über die realen Kräfteverhältnisse gaben, war die Tatsache, daß die Ebert-Regierung keinesfalls in der Lage war, die Koalition zu brechen und ihren Stützpunkt nach links zu verlegen. Als realer Faktor existierte sie nur insoweit, inwieweit sie einen Teil der Reichswehrtruppen zur Verfügung hatte. Diese Reichswehrtruppen sandte sie keinesfalls gegen Kapp: einerseits weil sie ihrer nicht sicher war, anderseits weil sie sie schonen wollte zum evtl. Kampf gegen die Arbeitermassen. Sie konnte sich, wenn auch nur in sehr geringem Maße, auf die Reichswehrtruppen nur stützen, wenn sie mit dem Bürgertum nicht brach, sondern nach Stuttgart flüchtete, als die alte nationale Regierung auftrat. Würde sie mit der Bourgeoisie gebrochen haben, so würde sich sofort der „treu" gebliebene Teil der Reichswehr mit den Kappisten vereinigen. Die Regierung würde ohne irgend welche militärische Hilfe dastehen, vollkommen der Arbeiterschaft ausgeliefert, der Arbeiterschaft, die bisher nicht fähig war, mit den Reichswehrtruppen fertig zu werden. In einer solchen Situation nicht an den weiteren Kampf zu denken, nicht daran zu denken, unter Einsetzung der größten Opfer an die Entwaffnung der Reichswehrtruppen zu treten, sondern in einer solchen Situation sich mit der Bildung von Regierungen zu befassen, das konnten nur entweder bewußte Schwindler wie Legien, oder betrogene Betrüger wie die Crispien und Hilferding.

Leider hat sich an diesem Spiel auch ein Teil der Zentrale der K. P. D. beteiligt, wodurch er bewies, daß ihm, ebenso wie den Unabhängigen, der klare Blick für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse fehlte. Wie am 13. März, wo dieser Teil der Zentrale erklärte, daß die Zeit der Aktion noch nicht gekommen ist, so versagte er auch jetzt als vorwärtstreibende Kraft. Die Kommunistische Partei hatte in diesem Moment nur eine Aufgabe: mit voller Wucht dem Proletariat zuzurufen, daß es höchste Zeit ist, mit der größten Kräfteanstrengung sich in den bewaffneten Kampf gegen die Reichswehr zu werfen, denn selten kommt eine solche gleichzeitige Bewegung in Fluß, wie sie in diesen Märztagen durch das Land flutete, die Kräfte der Reichswehr zersplitternd, denn selten tritt die Situation ein, wo das Lager der Gegenrevolution so gespalten und verwirrt dasteht, wie in diesen Tagen. Die Erwägungen über mangelnde subjektive Reife der Massen müssen in solchen Situationen vor der entschiedenen Tat zurücktreten, vor der Anspannung des Willens, der das Proletariat im Kampf zur Reife bringt. Dadurch unterscheidet sich die revolutionäre Epoche von der friedlichen, daß in ihr oft von einem Tag auf den anderen die Erfahrung der Massen sich in sprunghaften politischen Entwicklungsreihen kristallisiert, daß das, was gestern unmöglich schien, auf einmal möglich wird. Wer sich in dieser Situation nur zum Taxator der Geschichte macht, nicht zum vorwärts drängenden Element, der ist Histo-

riker, nicht Politiker. Er kann als Historiker nachher Recht behalten, er fällt beim historischen Examen — und das ist immer das Tatexamen — durch. Der Teil der Zentrale der K. P. D., der in diesen Tagen die Politik der Partei leitete, ist auf diesem historischen Examen durchgefallen, und wie sich immer aus Aktionsunfähigkeit, aus Willensschwäche Illusionen ergeben, so erblühte in dem Sumpf der Unfähigkeit zur Tat die Erklärung vom 21. März, die Erklärung über die loyale Opposition.

Als die Sozialdemokraten an die Unabhängigen mit dem Vorschlag herantraten, über die gemeinsame sozialistische Arbeiterregierung zu verhandeln, gaben die rechten Unabhängigen diesen Druck weiter auf die Linken, indem sie natürlich erklärten, daß sie ohne die linken Unabhängigen in die Regierung nicht eintreten. Die linken Unabhängigen, denen wir innerhalb eines Jahres durch Prügel beigebracht haben, daß eine gemeinsame Regierung mit den Scheidemännern nur die Regierung des Verrats an der Arbeiterklasse sein kann, denen wir durch Prügel beigebracht haben, daß es keine Arbeiterregierung geben kann, die sich nicht auf die Räte der Arbeiterklasse stützt, die nicht eine Räteregierung ist, die linken Unabhängigen wollten nicht zugeben, daß die U. S. P. D. mit der S. P. D. eine Regierung bildet, und machten Schwierigkeiten. So schreibt Gen. Braun in seiner Broschüre über den Kapp-Putsch. Was bedeutet das? Die linken Unabhängigen haben hinter sich Millionen unabhängiger Arbeiter. Wenn sie sich unter dem Druck dieser Arbeitermassen gegen die Illusion von einer Arbeiterregierung ohne Entwaffnung der Weißen Garde, ohne Bildung der Räte wandten, so gab das die Möglichkeit, sie vorwärts zu treiben, sie zu treiben zum Kampf für die Entwaffnung der Weißen Garde, so gab das die Möglichkeit, sie beim Wort zu nehmen, um sie zur Tat zu zwingen und zu entlarven, falls sie versagen würden. Was machte der Teil der Zentrale, der in diesen Tagen die Entscheidung in der Hand hatte? Gen. Braun gibt darüber einen Bericht, der als historische Perle verewigt werden muß. Er schreibt: „Daß die Kommunisten die Regierung nicht übernehmen dürfen, solange sie die Macht nicht erobert haben und sich nicht auf die breitesten Schichten der Arbeiterschaft stützen können, ist klar. Andererseits aber war es nötig, die Rückkehr der Koalitionsregierung unmöglich zu machen. Es war also eine historische Pflicht der U. S. P., die keine Kommunistenpartei ist, die sich in der Praxis nicht zur Diktatur des Proletariats bekennt und in diesem Zustand die politische Unreife des Proletariats zur Ergreifung der politischen Macht repräsentiert, die Konsequenzen zu ziehen und „was sie ist, das wage sie zu scheinen". Die letzten Worte variierend, kann man sagen, daß Gen. Braun und die Gruppe der Genossen, deren Sprachrohr er ist, zu scheinen wagten, was sie sind: Raisonneure und nicht Kämpfer.

Man denke sich, wir stehen anderthalb Jahre im erbitterten Kampf gegen die Unabhängigen; durch den Einfluß der Tatsachen, durch unsere Kritik werden neun Zehntel der Unabhängigen Partei, ihre Arbeiter zu Kämpfern, sie stellen ihren Mann in allen bewaffneten Kämpfen, Arm in

Arm mit den kommunistischen Arbeitern. Ein Teil der Führer der U. S. P. D. entwickelt sich so weit in der Richtung des Kommunismus, daß die Zentrale der K. P. D. prinzipiell mit ihnen über ihren Eintritt in die III. Internationale verhandelt. In einer der günstigsten Situationen der deutschen Revolution zeigten die linken Unabhängigen, daß sie sich in der Tat zur Diktatur des Proletariats bekennen wollen, aber ein Teil der Zentrale ruft ihnen zu: Ihr seid Kommunisten nur zum Schein, in Wahrheit müßt Ihr die Unreife der Massen, nicht ihre wachsende Reife repräsentieren, und Gott behüte Euch, daß Ihr mit Eurem rechten Flügel brecht. Gott behüte Euch, daß Ihr den Eintritt in die Regierung mit den Scheidemännern ablehnt! Eure historische Pflicht ist es, das Proletariat noch einmal zu betrügen. Aus der vorwärtstreibenden Kraft, aus der Kraft, die die Unabhängigen zwingt, zu ihrem Wort zu stehen, hat sich ein Teil der Zentrale durchgemausert zur Kraft, die die Unabhängigen zurückstößt in den Sumpf der Scheidemänner, in den Sumpf des Verrats an der Arbeiterklasse.

Auf die Frage der linken Unabhängigen über die Stellung der Kommunisten zu der Arbeiterregierung, antwortet der Teil der Zentrale, trotz des Widerspruches eines anderen Teils mit der Erklärung vom 21. März, einer Erklärung, die unter der marxistischen Hülle, unter der Maske des Aussprechens dessen, was ist, nicht das aussprach, was damals im allgemeinen war, sondern was der Teil der Zentrale damals darstellte: einen Klub politischer Raisonneure. Die Erklärung wurde kritisiert wegen des Punktes 4, in dem sie anzunehmen scheint, es gebe einen Zustand, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte. Dies mag aber nur ein status calami sein. Nicht hier liegt der zentrale Punkt, der Sündenfall der Erklärung. Der Sündenfall der Erklärung liegt erstens darin, daß die Zentrale nicht offen die Massen warnte, als könnten sie eine neue, eine revolutionäre Regierung bilden, ohne im Kampf Mann gegen Mann, Klasse gegen Klasse die Weißen entwaffnet zu haben. Sie liegt weiter in der Tatsache, daß die Kommunistische Partei einem Phantom einer Arbeiterregierung gegenüber ihre revolutionäre Haltung aufgibt, indem sie erklärt, daß sie dieser Regierung gegenüber eine loyale Opposition treiben wird, wobei sie unter loyaler Opposition keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz bei selbstverständlicher Pflicht der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen unternehmen wird, dies alles unter der Vorbedingung, daß die Arbeiterregierung die Gegenrevolution bekämpft und die Arbeiterschaft in ihrem Kampf nicht stört. Don Quichotte hat der stinkenden Magd, die er im Stall in seinen Umarmungen hielt, seine Gelübde abgelegt unter der Voraussetzung, daß sie eine Königstochter ist, von Schönheit strotzt und alle anderen seelischen und physischen Vorzüge besitzt. Da alle diese Vorbedingungen nicht zutrafen, so bildete sein Gelübde eben eine Aeußerung des Don Quichottismus d. h. des irrationellen Verhältnisses zum Leben. Wenn die Verteidiger dieser Erklärung jetzt sagen, daß sie durch ihre Bedingungen sich die Möglichkeit reservierten, in den schärfsten Kampf

gegen die Arbeiterregierung einzutreten, falls sie ihre Pflicht nicht tun würde, so ist darauf nur zu sagen, daß es nicht die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, sich dümmer zu stellen, als sie ist. Die Kommunistische Partei mußte wissen, daß die sogenannte Arbeiterregierung in der gegebenen Situation das Proletariat verraten würde. Als die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen die Techtelmechtel über die Bildung einer Arbeiterregierung begannen, war es die erste Pflicht der Kommunisten, die Proletarier vor diesem Spiel zu warnen. Die zweite Pflicht bestand darin, zu versuchen, den Kampf weiterzutreiben. Erst wenn das nicht gelang und die Bildung einer Arbeiterregierung als reale Möglichkeit bevorstand, hatte die Kommunistische Partei folgendes zu erklären: die Mehrheit der Arbeiter hat sich für die Arbeiterregierung ausgesprochen; diese Arbeiterregierung wird ein Messer ohne Klinge sein, falls sie nicht sogar ein Dolch gegen die Arbeiterklasse sein wird. Voll Mißtrauen zu ihr bleiben wir Gewehr bei Fuß, falls die Sozialdemokraten auf jeden Versuch der Spaltung der Arbeiterräte verzichten, falls sie die von ihnen vollzogene Spaltung der Arbeiterräte rückgängig machen, falls sie die Arbeiterräte als die regierungsbildenden Organe anerkennen. Tun sie das, so werden wir den Kampf gegen sie führen im Lager der Arbeiterräte und wir werden ihnen das Genick nicht früher brechen, bevor wir nicht die Mehrheit in den demokratisch gewählten Arbeiterräten für die kommunistische Politik, für die Diktatur des Proletariats haben. Die Gabe, das Geschenk der Arbeiterregierung konnte die Kommunistische Partei nur mit dem Speer in der Hand, Spitze gegen Spitze nach dem Hildebrandlied empfangen, nicht anders.

Zur Verteidigung der entgegengesetzten, vollkommen illusionären Politik greift Braun auf die Politik der russischen Bolschewiki zurück, wie sie nach dem Kornilowputsch in dem Artikel von Lenin von Ende September 1917 über Kompromisse vertreten war. Braun ist vollkommen im Recht, wenn er sagt, daß ein Teil der Arbeiterklasse auf das sorgfältigste die Erfahrungen des anderen im revolutionären Kampf studieren und in Betracht ziehen muß. Aber die Erfahrung studieren heißt die Bedingungen des Kampfes jeder Arbeiterarmee fest im Auge zu behalten. Man kann nicht Kriegsgeschichte studieren, ohne gute topographische Karten zu haben, ohne die Stellung der feindlichen Heere, ihre Kräfteverhältnisse klar zu sehen. Es gibt kein anderes Studium der Strategie, als das detaillierte Studium der Kampagnen und einzelner Schlachten. Wie war die Lage der menschewistisch-sozialrevolutionären Regierung, der Kerenskiregierung zur Zeit des Kornilowputsches? Große Teile der Armee standen gegen die Konterrevolution. Kornilows Aufstand war zusammengebrochen nicht so sehr an dem Angriff der Arbeiterklasse wie an der Tatsache, daß ihm die Armee nicht folgte. Würden die Menschewiki und die S.-R. sich zum Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie aufgeschwungen haben, so könnten sie sich nicht nur auf die bewaffnete Arbeiterklasse stützen, sondern auch auf große Teile der revolutionären Armee. Das ist der erste Unterschied,

denn während die Scheidemänner in der Hand der Reichswehr sind, hatten die Menschewiki und die S.-R. die Möglichkeit, sich auf starke bewaffnete Kräfte gegen die Koalition zu stützen. Sie hatten also theoretisch die Möglichkeit der Aenderung ihrer Politik. Zweitens, während der Kornilowtage bewaffnete sich die Arbeiterschaft, neues Blut floß in den Adern der Arbeiterräte, sie wurden zum entscheidenden Machtfaktor, und indem die Bolschewiki die Menschewiki und S.-R. aufforderten, den Bruch mit der Bourgeoisie zu vollziehen, forderten sie sie auf, eine Räteregierung zu werden. Braun zitiert doch selbst folgende Stelle aus der Broschüre Trotzkis „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag": „Nach allen vorausgegangenen Erfahrungen der Koalition hatte es den Anschein, als ob nur ein einziger Ausweg möglich wäre, ein Bruch mit den Kadetten und Schaffung einer Sowjetregierung. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Sowjets war damals derart, daß die Sowjetregierung in Parteihinsicht sich unmittelbar in den Händen der S.-R. und der Menschewiki befunden hätte". Die Bolschewiki schlugen also, indem sie die Losung erhoben „Alle Macht den Sowjets" den Menschewiki vor: erstens, den Bruch mit der Bourgeoisie, zweitens, die Etablierung einer Räteregierung. Sie führten also eine Politik, welche nicht nur nicht im Widerspruch zu ihrem Programm stand, sondern ausdrücklich ihrem Programm entsprach, die Politik der Bildung einer Sowjetregierung auf Grund des Kräfteverhältnisses in den Sowjets. Der berühmte Artikel Lenins über die Kompromisse bewegt sich vollkommen in demselben Geleise. Die Verfasser der Erklärung über die loyale Opposition wollten dagegen keine Sowjetregierung, sondern eine Wiederholung der Scheidemännisch-Haaseschen Arbeiterregierung und das in einer Lage, wo diese Arbeiterregierung vollkommen in der Luft hängen würde. Die Berufung auf die realistische Politik der Bolschewiki zur Verteidigung der illusionistischen Politik unterstreicht nur, wie sehr ein Teil der Genossen aus der Zentrale sich als Nachahmer und nicht als selbständige politische Kämpfer erwiesen haben. Natürlich ist Braun tausendmal im Recht, wenn er eine prinzipielle Kritik, die ein Uebergangsstadium prinzipiell ablehnt, für nicht marxistisch erklärt. Würden die Unabhängigen und die Scheidemänner eine Regierung bilden, die den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen würde, so müssten wir diese Regierung unterstützen, um sie weiterzutreiben. Wer das ablehnt, der stellt irreale Prinzipien auf, aber die taktische Geschmeidigkeit besteht nicht darin, daß man nach den Schatten die Arme ausbreitet, sie besteht darin, daß man harte Tatsachen revolutionär ausnutzt.

Worin besteht die Quelle der Fehler des Teils der Zentrale, der nach dem Phantom der Arbeiterregierung seine Arme ausstreckte und die Unabhängigen an ihre gegenrevolutionären Pflichten mahnte, statt sie an ihre revolutionären Pflichten zu mahnen? Die Erklärung vom 21. März ist ein Kind der Erklärung vom 13. März. Es ist eine strategische Erfahrungstatsache, daß die am Anfang einer Kampagne gemachten Fehler sich schwer in ihrem Verlauf korrigieren lassen. Diese Erfahrungstatsache

wiegt in der Klassenkampfstrategie desto schwerer, als solche Fehler kein Resultat eines gewöhnlichen Rechenfehlers sind, sondern gewöhnlich ihre Quelle in einer allgemeinen Richtung haben. Was wir am Anfang, im ersten Teil unseres Artikels sagten, daß ein Teil der Zentrale im März 1920 die taktische Aufgabe des Kommunismus mit den Augen des Märzes 1919 sah, daß sie den Putschismus fürchtete, wo sie inmitten einer massenhaften revolutionären Aktion stand, das ist die Quelle des Fehlers. Die Revolution kann ganz gewiß nicht schneller marschieren, als sie marschieren kann. Wer aber in jedem Stadium des Kampfes statt zu versuchen, die Geschichte zum Schnelltrab zu treiben, sie daran erinnert, sie müsse langsam marschieren, der wird aus einem Faktor, der die Situation umgestaltet, zu einem Faktor, der sich an mitverpfuschte Situationen nur anpaßt. Ein Teil der Zentrale war Anfang März 1920 überzeugt von der Kampfunfähigkeit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse strafte sie Lügen, die Kommunistische Partei im ganzen Reich strafte sie Lügen. Die Zentrale, dazu getrieben von ihren weitsichtigsten Elementen, trat in den Kampf ein. Sie predigte nicht mehr den Abbruch des Generalstreiks, aber das Lied von der Kampfunfähigkeit der Arbeiterklasse blieb ihr in der Kehle stecken, und als die Unabhängigen die Techtelmechtel mit den Sozialdemokraten begannen, atmete sie auf; sie hatte sozusagen die Oase erreicht, wo sie in ihrem Unglauben an die Aktionsfähigkeit der Massen ausruhen konnte auf dem Boden der „loyalen Opposition" dem Phantom einer Arbeiterregierung gegenüber. Die Stelle des parlamentarischen Kretinismus ersetzte der Regierungskretinismus. Die Zentrale untersuchte gar nicht, ob man den Kampf weiter treiben kann, untersuchte gar nicht, ob eine sogenannte Arbeiterregierung ohne vorhergehenden Kampf gegen die Weißen Garden überhaupt möglich ist. Die Arbeiterregierung war für sie wie für Kapp der Einzug Legiens und Crispiens in die Wilhelmstraße. Dann sollte die Arbeiterklasse bewaffnet werden. In den drei Punkten der Erklärung vom 21. März weist die Zentrale darauf hin, daß der Arbeiterklasse keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung stehe. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Waffen und Waffenlager in den Händen der Gegenrevolutionäre, in den Händen der Weißen Garden sich befanden. Wie konnte diese Tatsache geändert werden in der revolutionären Realität? Daß die waffenlosen oder schlecht bewaffneten Arbeiter sich in den Kampf stürzten, daß sie durch die Breite ihres Angriffs im ganzen Reich die Weißen Garden zersplitterten und überwältigten. Das wäre die reale Möglichkeit. An ihre Stelle setzte die Zentrale die Hoffnung auf eine Regierung, die durch einen Befehl, eine Verordnung die Weißen Garden entwaffnet. Die Wilhelmstraße als Mont Salvatsch — das war der Ausdruck der revolutionären Einsicht des Teils der Zentrale. Dieser Mont Salvatsch hat sich in Nebel aufgelöst; nachdem es Legien gelungen ist, durch die Verhandlungen mit den Unabhängigen die Arbeitermassen zu verwirren und aufzuhalten, kehrten die Sozialdemokraten zu ihrer ersten Liebe, zur

Koalition mit der Bourgeoisie zurück, und sie ernteten ihre Früchte in dem Wahlzusammenbruch.

III. Gegen die Gefahr des kommunistischen Possibilismus.

Die kommunistische Arbeiterschaft hat auf ihrem Kongreß sich entschieden gegen die Irrungen und Wirrungen ihrer Führer gewandt. Die Episode der „loyalen Opposition" ist vorüber, aber es wäre ein großer Fehler, sie mit dem Mantel der Bruderliebe als einen vorübergehenden Rechenfehler zuzudecken, sie möglichst schnell vergessen zu wollen. Daß dieser Fehler in der Partei, die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet worden ist, möglich war, das beweist, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich in einer gewissen geistigen Gefahrzone befindet. Es beweist, daß der Kampf gegen den Putschismus in der Partei eine possibilistische Strömung hinterlassen hat, die, falls sie nicht geistig endgültig liquidiert wird, nur die halbanarchistische Strömung, die in der Kommunistischen Arbeiterpartei ihren Ausdruck findet, stärken würde. Die possibilistische Gefahr muß liquidiert werden, indem die Partei sich bewußt wird, daß die Klassengegensätze sich immer mehr verschärfen, daß der Ausgang der Wahlen eine vollkommene politische Unsicherheit in Deutschland schafft, daß die Weltlage sich zuspitzt, daß der Kampf Sowjetrußlands mit Polen neue Perspektiven eröffnet, daß es aus diesem Grunde die Pflicht der Partei ist, immer mehr an ihre Aktions- und nicht an ihre Bremsfunktionen zu denken. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Möglichkeit von Etappen auf dem Wege zur Räterepublik in Deutschland nunmehr ausgeschlossen sei, obwohl wir ebenso offen sagen, daß wir diese Etappen für sehr wenig wahrscheinlich halten. Wir halten sie für wenig wahrscheinlich, weil die deutsche Sozialdemokratie keinen irgend wie in Betracht kommenden linken Flügel hat, der, wenn auch nur in demokratischer Form, den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen gewillt wäre. Wir halten sie für sehr wenig wahrscheinlich, weil, falls die Arbeiter in den bewaffneten Kampf gegen die Weißen Garden treten werden, sie auch sehr schnell ihre demokratischen Illusionen verlieren werden. Aber, wie gesagt, die Politik enthält Möglichkeiten, die, selbst wenn sie nicht vollkommen wahrscheinlich sind, in Rechnung gesetzt werden müssen. Sollte es uns gelingen, bei der nächsten revolutionären Kräftemessung die Arbeiterschaft zum Kampf für die Räterepublik zu treiben, sollte uns ein Uebergangsstadium von der Geschichte aufgezwungen sein in der Form einer unabhängig-sozialdemokratischen Regierung, so werden wir uns ganz gewiß nicht mit ungenügenden Kräften in den Kampf werfen, so werden wir ganz gewiß nicht auf die Ausnutzung der etwas breiteren Bewegungsfreiheit, die uns eine solche Regierung geben müßte, verzichten. Aber wir müssen dieser Regierung, dieser Möglichkeit als Opposition entgegentreten, als Opposition, die nur eine Loyalität kennt, die Loyalität dem Programm des

Kommunismus gegenüber die Loyalität der Methode, die besagt „suche nicht zu ernten, wo Du nicht genügend gesät hast" — aber nicht eine Loyalität den Sozialdemokraten und Unabhängigen gegenüber, wenn sie eine sogenannte sozialistische Arbeiterregierung bilden, es tun, um die Arbeiterklasse in ihrem Marsch aufzuhalten, um sie zu verraten. Die Lehren der Märztage sind sehr wichtig, nicht nur, indem sie Gefahren in der Kommunistischen Partei Deutschlands signalisieren, sondern indem sie auf ein Problem hinweisen, vor dem wahrscheinlich die Kommunisten in allen Ländern vorübergehend stehen werden, wo sich die Kommunistische Partei erst bildet, wo sie mit Uebergangselementen im Lager der Arbeiterklasse zu tun hat, die sich mit den Opportunisten in gewissen Situationen kombinieren werden. In seiner Broschüre „Ueber die Kinderkrankheiten des Kommunismus" predigt der erfahrene Steuermann der Weltrevolution, Lenin, eine so weitgehende Elastizität, eine so weitgehende Rechnungstragung der allmählichen Entwicklung der Arbeiterklasse, daß er sogar für einen Wahlblock mit Henderson & Co. in England sich ausspricht, solange die Arbeitermassen in ihrer Mehrheit für sie sind. Aber er sagt den Kommunisten: falls Ihr, durch die Situation genötigt, Henderson wählen müßt, um die bürgerliche Koalition zu schlagen, so tut es, aber sagt dabei offen den Arbeitern: Henderson ist ein Verräter, Henderson wird Euch verraten, wir unterstützen ihn, damit Ihr die Möglichkeit bekommt, den Glauben an ihn zu verlieren. Wir folgen ihm als seine Erben. Da ist von loyaler Opposition keine Rede. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Entlarvung, hier liegt der Schwerpunkt auf der Bereitschaft, die Abfallsprodukte der Geschichte auf ihren Misthaufen zu werfen. Das ist revolutionäre Realpolitik.

Die kommunistische Politik ist bedroht durch zwei Gefahren. Eine Gefahr besteht darin, daß sie durch Trompetenstöße, die außerhalb der in Aktion begriffenen Arbeitermassen in die Welt hinausgedonnert werden, diese Aktion selbst zu ersetzen suchen konnte. Die zweite Gefahr besteht darin, daß die Kommunistische Partei in ihrem Bestreben, sich mit der Masse in der Aktion zu vereinigen, ihr eigenes Gesicht, ihre eigenen Losungen verlieren konnte. Die Kommunistische Internationale muß gegen die erste wie gegen die zweite Gefahr kämpfen. Wir können keine kommunistische Politik treiben ohne Zusammenhang mit den sich langsam entwickelnden Massen, und wir können keine kommunistische Politik treiben, indem wir uns auf das Niveau dieser in Entwicklung begriffenen Massen hinunterlassen. Die Lösung bildet die eigene kommunistische Politik in der Aktion der Massen, die sie vorwärts treibt, durch ihre Entscheidung, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen, um die Eroberung der Gewerkschaften zu kämpfen. Die K. P. D. ist der ersten Gefahr entgangen. In den Märztagen zeigte sie, daß sie gegen die zweite nicht gefeit ist, und diese zweite Gefahr wird die Kommunistischen Parteien in allen Ländern bedrohen, da sie in allen Ländern Zentrumselemente aufnehmen, da in allen Ländern der langsame Gang der Entwicklung sie nötigt, die am

meisten, am schnellsten vorwärtstreibenden Elemente zurückzuhalten, mit dem gegebenen Tempo der Entwicklung zu rechnen. Da droht die Gefahr, daß diese Rechnungstragung so weit geht, daß die Kommunistische Partei aufhört, ein vorwärtstreibendes Element zu werden, daß wir unter der Flagge des Kommunismus Zentrumsparteien kriegen. Die Haltung der kommunistischen Parteimitgliederschaft in Deutschland gegen den Fehler eines Teils der Zentrale erlaubt nicht zu behaupten, daß diese Gefahr in der Deutschen Kommunistischen Partei dauernd, geschweige denn, daß sie groß ist. Sie kann größer in der italienischen Partei sein, in der französischen kommunistischen Bewegung, und darum soll die Kommunistische Partei Deutschlands, soll die Kommunistische Internationale durch Ausschöpfung der Lehren der Märztage diese Gefahr ins Auge fassen und den kommunistischen Parteien zurufen: ob wir schneller oder langsamer siegen können, das hängt nicht nur von anderen Kräften der Geschichte ab, sondern auch von unserer Kraft, von unserem Willen zum Siege, von unserer Energie. Stellt die anderen Kräfte im Parallelogramm der Geschichte in Eure Rechnung, aber in erster Linie erhöht Euren Druck, Eure Energie, da wird sich dieses Parallelogramm zu unseren Gunsten schneller ändern, als wenn wir im vorhinein die Diagonale des Parallelogramms sein wollen. Diese Diagonale wird die allgemeine Aktion der Masse sein, wir aber sind von der Geschichte berufen, die treibende Kraft der Revolution zu sein.

Karl Radek.